

## Stenografischer Bericht

– öffentlicher Teil –

37. Sitzung – Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

29. Juni 2022, 10:00 bis 11:31 Uhr

### Anwesend:

Stellv. Vorsitzender: Gerhard Schenk (AfD)

#### CDU

Lena Arnoldt  
Birgit Heitland  
J. Michael Müller (Lahn-Dill)  
Frank Steinraths

#### BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Frank Diefenbach  
Martina Feldmayer  
Vanessa Gronemann  
Hans-Jürgen Müller (Witzenhausen)

#### SPD

Gernot Grumbach  
Knut John  
Heinz Lotz  
Florian Schneider

#### AfD

Klaus Gagel

#### Freie Demokraten

Wiebke Knell

#### DIE LINKE

Heidmarie Scheuch-Paschkewitz

**Fraktionsassistentinnen und -assistenten:**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Dr. Lavinia Schardt  
 SPD: Gerfried Zluga  
 AfD: Thomas Biemer  
 Freie Demokraten: Tobias Schmidt  
 DIE LINKE: Achim Lotz

**Landesregierung, Rechnungshof, etc.:**

Name (bitte in Druckbuchstaben)	Amtsbezeichnung	Ministerium, Behörde
Trautmann	MR	HMUKLV
LEBER	RD	HMUKLV
BOWER	MR	- " -
Dr. Willig	Ref. VI4	"
Hetzberg	Ri II 6	"
Wilke, Carsten	Min Dirig	"
Belk, Jörg	Di:HRH	HRH
HINZ	Ministerin	HMUKLV
Genzer, Sika	M 3	HMUKLV

Protokollführung: Karl-Heinz Thaumüller



**Inhaltsverzeichnis:**

**Punkt 1 bis Punkt 3:**

**– siehe nicht öffentlicher Teil –**

- 4. Dringlicher Berichts Antrag S. 4**  
**Heidmarie Scheuch-Paschkewitz (DIE LINKE) und Fraktion**  
**Existenzgefährdende Situation hessischer Landwirtschafts-**  
**betriebe durch den Krieg gegen die Ukraine**  
**– Drucks. [20/8679](#)–**

**4. Dringlicher Berichts Antrag  
Heidemarie Scheuch-Paschkewitz (DIE LINKE) und Fraktion  
Existenzgefährdende Situation hessischer Landwirtschafts-  
betriebe durch den Krieg gegen die Ukraine  
– Drucks. [20/8679](#)–**

Ministerin **Priska Hinz** führt aus:

**Frage 1.** *Wie hat sich die Einkommenssituation der Landwirtschaftsbetriebe in Hessen in den letzten 12 Monaten entwickelt (Auskunft bitte nach Hofgröße kategorisiert)?*

**Antwort:** Das Wirtschaftsjahr 2021/2022 endet am 30. Juni 2022. Eine Vorabauswertung der Wirtschaftsergebnisse aus dem Testbetriebsnetz liegt frühestens im vierten Quartal 2022 vor.

Der Gewinn der im Haupterwerb geführten landwirtschaftlichen Betriebe in Hessen betrug im Wirtschaftsjahr 2020/2021 471 Euro pro Hektar bzw. 41.404 Euro pro Unternehmen. Der Gewinn nach Betriebsgrößenklassen betrug bei Betrieben mit 20 bis 30 ha landwirtschaftlicher Fläche 441 Euro Gewinn pro Hektar bzw. 8.528 Euro Gewinn pro Unternehmen, bei Betrieben mit 30 bis 50 ha landwirtschaftlicher Fläche 245 Euro Gewinn pro Hektar bzw. 7.390 Euro Gewinn pro Unternehmen, bei Betrieben mit 50 bis 100 ha landwirtschaftlicher Fläche 496 Euro Gewinn pro Hektar bzw. 29.810 Euro Gewinn pro Unternehmen, bei Betrieben mit mehr als 100 ha landwirtschaftlicher Fläche 470 Euro Gewinn pro Hektar bzw. 51.896 Euro Gewinn pro Unternehmen.

**Frage 2.** *Wie hat sich die Einkommenssituation sogenannter Biobetriebe in den letzten 12 Monaten entwickelt, und wie viele dieser Betriebe sind nach dem Kenntnisstand der Landesregierung in Hessen aktuell in ihrer Existenz bedroht?*

**Antwort:** Das Wirtschaftsjahr 2021/2022 endet am 30.06.2022. Eine Vorabauswertung der Wirtschaftsergebnisse aus dem Testbetriebsnetz liegt frühestens im vierten Quartal 2022 vor.

Der Gewinn der im Haupterwerb geführten Ökobetriebe in Hessen betrug im Wirtschaftsjahr 2020/2021 520 Euro pro Hektar bzw. 58.108 Euro pro Unternehmen. Angaben über eine Existenzgefährdung liegen nicht vor.

**Frage 3.** *Welches sind nach Auffassung der Landesregierung die Gründe für die aktuelle Belastung der Landwirtschaft allgemein und der ökologischen Landwirtschaft im Besonderen?*

**Antwort:** Die aktuelle wirtschaftliche Belastung der Landwirtschaft resultiert insbesondere aus den gestiegenen Energie- und Betriebsmittelkosten infolge der russischen Invasion in der Ukraine.

**Frage 4.** *In einer Pressemitteilung der Staatskanzlei vom 12.06.2022 wird der Hessische Ministerpräsident Boris Rhein mit der Aussage wiedergegeben, dass es das Ziel der Landesregierung sei „gerade angesichts der aktuellen Entwicklungen infolge der Ukraine-Krise, stabile und vor allem von bäuerlichen Familienbetrieben geprägte Strukturen zu erhalten“.*

*Welche zusätzlichen Maßnahmen ergreift die Landesregierung zur Unterstützung der durch den Ukraine-Krieg und die hohe Inflation in ökonomische Schwierigkeiten geratenen landwirtschaftlichen Betriebe in Hessen?*

**Antwort:** Mit der Verordnung 2022/467 der Kommission vom 23. März 2022 über eine außergewöhnliche Anpassungsbeihilfe für Erzeuger in den Agrarsektoren wird den Mitgliedstaaten eine Beihilfe der Europäischen Union in Höhe von insgesamt 500 Millionen Euro zur Verfügung gestellt, um die Auswirkungen des Kriegs in der Ukraine auf die Landwirtinnen und Landwirte in der Union abzumildern. Auf Deutschland entfällt ein Anteil in Höhe von rund 60 Millionen Euro. Der Bund stellt zusätzlich 120 Millionen Euro zur Unterstützung der Landwirtinnen und Landwirte bereit. Damit sollen die am stärksten von den Marktstörungen betroffenen Landwirtinnen und Landwirte entlastet werden. Die Maßnahme soll einen Beitrag zur Ernährungssicherheit leisten. Die hessische EU-Zahlstelle trägt dazu bei, dass die Maßnahme schnell und ohne hohen Verwaltungsaufwand umgesetzt werden kann.

**Frage 5.** *Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung, um regional und/oder ökologisch produzierte Nahrungsmittel auch für Menschen mit kleinem Budget erschwinglich zu machen?*

**Antwort:** Die Förderung der hessischen Land- und Ernährungswirtschaft mit jährlich rund 300 Millionen Euro trägt maßgeblich dazu bei, dass regional und besonders nachhaltig erzeugte Lebensmittel preiswert angeboten werden können.

**Frage 6.** *Wird sich die Landesregierung dafür einsetzen, die Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel, wie Gemüse, Obst, Brot oder Kartoffeln, auf null zu senken?*

**Antwort:** Die Landesregierung sieht in einer Absenkung der Mehrwertsteuer bei pflanzlichen Lebensmitteln ein mögliches sinnvolles Steuerungsinstrument, um inflationsbedingte Preissteigerungen abzuschwächen sowie eine nachhaltigere Ernährung zu unterstützen, und würde entsprechende Initiativen der Bundesebene konstruktiv begleiten. Auf der 18. Verbraucherschutzministerkonferenz am 17. Juni 2022 wurde erst kürzlich ein entsprechender Beschluss unterstützt. Der Bund wurde gebeten, auf eine ganz oder teilweise Abschaffung der Umsatzsteuer auf solche Grundnahrungsmittel hinzuwirken, die eine Ernährung im Einklang mit den Empfehlungen der Deutschen Gesellschaft für Ernährung gewährleisten. Hierzu zählen auch die genannten Lebensmittel.

**Frage 7.** *Wird die Landesregierung die Budgets von Kantinen öffentlicher Einrichtungen, wie Krankenhäuser, Schulen oder Verwaltung, so aufstocken (z. B. in Form von Zuwendungen an die Kommunen), dass diese bevorzugt regional und/oder ökologisch angebaute Nahrungsmittel verwenden können?*

**Antwort:** Das Land unterstützt Kantinen und Großküchen bei der Umsetzung von Nachhaltigkeitsmaßnahmen. Das Programm „100 KlimaKantinen“ fördert den Informations- und Erfahrungsaustausch von Kantinen und Großküchen, die bereits Nachhaltigkeits- und Klimaschutzmaßnahmen umsetzen, und unterstützt die gemeinsame Weiterentwicklung.

Im Rahmen der Hessischen Ernährungsstrategie wurde darüber hinaus ein Beratungsangebot für Kantinen und Großküchen entwickelt, welches die Einrichtungen betriebsindividuell bei der Umstellung auf ein nachhaltiges Speisenangebot unterstützt und u. a. darauf abzielt, das Angebot an Bio-Lebensmitteln aus der Region auszuweiten. Ein vom Forschungsinstitut für Biologischen Landbau (FiBL) entwickelter und vom hessischen Umweltministerium geförderter Leitfaden „Hessisch Bio für die Großküche“ dient ebenfalls als Unterstützung auf dem Weg zu mehr Nachhaltigkeit.

In verschiedenen Ökomodellregionen (ÖMR) werden Produktionskapazitäten und Verarbeitungsstrukturen analysiert, um Lieferbeziehungen im Bereich der Gemeinschaftsverpflegung zu etablieren. Beispielgebend sind die Projekte „Nah.Land.Küche“ in der Ökomodellregion Lahn-Dill-Gießen, die fachlich durch das FiBL begleitet werden, oder die „RegioWochen Kassel“ der Ökomodellregion Nordhessen mit Prozessbegleitung durch die Universität Kassel.

Keinen Einfluss hat das Land auf die Verpflegung in Krankenhäusern. Der wirtschaftliche Rahmen wird durch die Budgetverhandlungen mit den Krankenkassen gesetzt. Ähnliches gilt für die Verpflegung im Bereich der Altenheime. Die Sachkosten einer Einrichtung sind Bestandteil der Pflegesatzverhandlungen, also Gegenstand der Verhandlungen zwischen den Vertragspartnern nach SGB XI. Das Land ist daran nicht beteiligt.

**Frage 8.** *Wird sich die Landesregierung für eine Abgabe auf Pflanzenschutzmittel einsetzen, wie sie z. B. vom Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung (UFZ) vorgeschlagen wurde?*

**Antwort:** Es ist Ziel der Landesregierung, den Anwendungsumfang von Pflanzenschutzmitteln auf ein notwendiges Mindestmaß zu begrenzen. Hierzu ist zuvorderst das Konzept des integrierten Pflanzenschutzes, d. h. der vorrangigen Berücksichtigung biologischer, biotechnischer, pflanzenzüchterischer sowie anbau- und kulturtechnischer Maßnahmen, fest in der Praxis zu verankern. Im Übrigen arbeiten wir an einer Pestizidvermeidungsstrategie.

**Frage 9.** *Trotz oder in vielen Fällen auch aufgrund der angespannten Lage auf dem Futter- und Lebensmittelmarkt generieren große Lebensmittel- und Handelskonzerne hohe Gewinne, an denen die eigentlichen Produzenten nicht teilhaben.*

*Welche Maßnahmen strebt die Landesregierung an, um die relativ hohen Gewinne großer Lebensmittel- und Handelskonzerne zu deckeln oder zugunsten der Endverbraucherinnen bzw. Endverbraucher und Produzentinnen bzw. Produzenten umzuverteilen?*

**Antwort:** Über die aktuelle Gewinnsituation der Unternehmen des Lebensmittelgroß- und -einzelhandels liegen der Landesregierung keine belastbaren Erkenntnisse vor.

Das Land Hessen unterstützt aber bereits die regionalen Wertschöpfungsketten in Hessen sehr umfangreich und damit auch die Landwirtschaft und die mittelständisch organisierte Ernährungswirtschaft in der Stärkung ihrer Marktposition gegenüber dem Großhandel. Als ein Beispiel sei hier die Upländer Bauernmolkerei aus Willingen-Usseln genannt, die umfangreich gefördert wurde und die Bioprodukte in Hessen verarbeitet und vermarktet.

**Frage 10.** *Viele Bio-Bauern befürchten unter dem Druck des Ukraine-Krieges negative Auswirkungen auf die grüne Agrarwende der Europäischen Union bzw. eine für den Klima-, Ressourcen- und Artenschutz dringend gebotene stärkere Ökologisierung der Landwirtschaft. Teilt die Landesregierung diese Befürchtungen, und, wenn ja, welche Maßnahmen ergreift sie, um eine ökologische Agrarwende in Hessen zu unterstützen?*

**Antwort:** Es ist derzeit noch nicht absehbar, wie lange der Ukraine-Krieg noch andauern wird und in welchem Ausmaß sich die Folgen auf die wirtschaftliche Entwicklung niederschlagen werden. So kann eine weitere Verteuerung energieintensiver Produktionsmittel auch einen erhöhten Anreiz zur Umstellung auf den auf dem Prinzip der Kreislaufwirtschaft basierenden Ökolandbau beinhalten.

Ungeachtet dessen soll die HALM-Förderung für den ökologischen Landbau (HALM B.1) ab 2023 in den besonders marktrelevanten Kulturgruppen deutlich ansteigen. Bei Ackerland sind dies +15 % für die Beibehaltung sowie +35 % für die Erstumstellung. Für den Gemüseanbau beträgt die Erhöhung der Fördersätze +19 % für die Beibehaltung und + 31 % für die Erstumstellung. Bei den Dauerkulturen sind es sogar + 33 % bei der Beibehaltung bzw. + 77 % bei der Erstumstellung.

Hinzu kommt die im vergangenen Jahr neu eingeführte Umstellungsförderung im Rahmen des Öko-Aktionsplans in Höhe von bis zu 3.000 Euro je Betrieb und Jahr für eine Laufzeit von maximal drei Jahren.

**Frage 11.** *Die Landesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, die Ökoanbaufläche bis 2025 auf 25 % auszuweiten. Hält die Umweltministerin dieses Ziel trotz des Angriffskrieges auf die Ukraine für realistisch?*

**Antwort:** Ja. Das Ziel bleibt ambitioniert, ist aber erreichbar.

**Frage 12.** *Wie hoch war der Futtermittelimport aus der Ukraine nach Hessen (Angaben bitte für die letzten fünf Jahre)?*

**Antwort:** Über die Futtermittelimporte aus der Ukraine nach Hessen liegen keine Daten vor.

**Frage 13.** *Wie viele Hektar ökologische Vorrangflächen gibt es in Hessen, und welcher Teil davon wird für die Futtermittelproduktion freigegeben?*

**Antwort:** In Hessen gibt es rund 44.000 ha ökologische Vorrangfläche. Das sind ca. 9 % der Ackerfläche. Davon kann auf rund 8.000 ha der Aufwuchs der Ackerbrachen und auf rund 30.000 ha der Aufwuchs der Winterzwischenfrüchte für Futterzwecke verwendet werden.

**Frage 14.** *In welcher Größenordnung müsste der Fleischexport aus Hessen reduziert werden, um keine ökologischen Vorrangflächen zur Futtermittelproduktion zu nutzen?*

**Antwort:** Über den Fleischexport aus Hessen liegen keine Daten vor. Es kann jedoch festgestellt werden, dass der hessische Eigenversorgungsgrad bei Fleisch bei unter 50 % liegt.

Abg. **Heidmarie Scheuch-Paschkewitz:** Frau Ministerin, vielen Dank für die Beantwortung der Fragen. – Ich habe einige Nachfragen. Sie haben auf Frage 2 gesagt, es gebe keine Daten. Wie kann es dann sein, dass vom NABU, dem BUND, der AbL, von Slow Food Mittelhessen, Slow Food Nordhessen und Slow Food Frankfurt eine Notlage beklagt wird?

Sie haben zu Frage 4 ausgeführt, dass die EU 60 Millionen Euro und der Bund 120 Millionen Euro zur Verfügung stellen. Wie viel gibt Hessen für die Bäuerinnen und Bauern aus?

Ministerin **Priska Hinz:** Die Verbände haben sich, soweit ich weiß, zusammengeschlossen, um deutlich zu machen, dass die globale Ernährungskrise nicht gegen die Klimakrise und die Biodiversitätskrise ausgespielt werden darf und dass sie deshalb der Meinung sind, dass dringend an der ökologischen Agrarwende weitergearbeitet werden sollte. Ausweislich der Zahlen, die ich Ihnen vorgelesen habe, was das neue HALM-Programm angeht, die Unterstützung künftig aus der neuen GAP auch für die Ökobetriebe, haben wir das vor. Hessen ist außerdem Ökomodellland. Auch das ist ein wichtiger Impuls, um die ökologisch arbeitenden Betriebe zu unterstützen und vor allem durch das Agrarstrukturprogramm in Hessen auch die Verarbeitung und die Vermarktung in den Wertschöpfungsketten so zu stabilisieren und auszubauen, dass die erzeugenden Betriebe auch regional vermarkten können.



Auf Hessens Betriebe entfällt ein Mittelvolumen von 5 bis 7 Millionen Euro. Angesichts der Tatsache, dass die EU und die Bundesrepublik ein Programm aufgelegt haben, ist aus der Sicht der Länder kein zusätzliches Programm der Länder notwendig. Wir konzentrieren uns darauf, dass wir unsere eigenen Programme – teilweise werden die Agrarumweltprogramme, die wir in Hessen gestalten, rein aus Landesmitteln finanziert – weiterhin fahren können. Das scheint aus unserer Sicht auf Dauer konsequenter und nachhaltiger, weil wir entsprechende Strukturen ausbilden wollen.

Abg. **Heidemarie Scheuch-Paschkewitz**: Noch eine Nachfrage: In dem Papier „Eine Krise gegen die andere ausspielen?!“ der Hessischen Allianz für die Agrar- und Ernährungswende wird beschrieben, dass es z. B. Eier produzierende Betriebe gibt, die Umsatzverluste von 50 % hinnehmen müssen. In Fachmagazinen wird von Umsatzrückgängen im Bio-Fachhandel von 14 % gesprochen. Nur Ihnen liegen angeblich keine Daten vor. Wie kann das sein?

Zweitens. Sie sagten, ein Mittelvolumen von 5 bis 7 Millionen Euro entfalle auf hessische Betriebe, und die Landesregierung sei nicht bereit, da noch etwas draufzulegen. Der Spargel musste vernichtet werden, ein Teil der Erdbeerernte musste vernichtet werden, weil sich keine Verbraucher fanden, die die hohen Preise zahlen konnten.

Ministerin **Priska Hinz**: Ich habe das Gefühl, dass da etwas durcheinandergeht. – Die Spargel- und die Erdbeerpreise waren in diesem Jahr in Hessen, wie auch in anderen Ländern, nach den ersten zwei Wochen – da sind sie generell hoch, weil es noch nicht so viel gibt – sehr viel niedriger als im vorigen Jahr. Gleichwohl haben einige Betriebe darüber geklagt, dass sie ein Problem haben, ihren Spargel loszuwerden. Das waren aber nicht die Betriebe, die auf Direktvermarktung gesetzt haben, denn da lief es sehr gut. Probleme hatten die Betriebe, die vor allem an den Großhandel liefern, weil zur gleichen Zeit aus anderen europäischen Ländern Spargel geliefert wurde, der sehr viel günstiger war. Ich beklage an der Stelle – mehr kann ich nicht tun, außer immer wieder Gespräche mit dem Verantwortlichen zu führen –, dass der Großhandel zu wenig auf regionale Erzeugnisse und zu sehr auf Importe aus anderen Ländern setzt.

Es liegen sicherlich allgemeine wirtschaftliche Zahlen vor, wie angeblich bundesweit der Umsatz eingebrochen ist. Das hat aber nichts mit der Datenlage zu tun, aus der ermittelt werden kann, wie sich die Einkommenssituation der einzelnen Landwirtschaftsbetriebe in Hessen gestaltet. Um eine valide Datengrundlage zu haben, werden die Daten zu bestimmten Stichtagen erhoben, um eine Vergleichbarkeit über mehrere Jahre herzustellen. Diese Daten liegen schlicht noch nicht vor. Die Daten aus dem letzten Wirtschaftsjahr habe ich Ihnen vorgelesen.

Mit den 5 bis 7 Millionen Euro, die auf Hessen entfallen, werden die landwirtschaftlichen Betriebe unterstützt, die in einer besonders schwierigen finanziellen Situation sind. Ich möchte daran erinnern, dass es nach dem letzten großen Dürrejahr ein Notprogramm gab, das dazu führte, dass an etliche Betriebe, die in großen Schwierigkeiten waren, Auszahlungen erfolgten,

von denen wir eineinhalb Jahre später, nachdem das Jahr abgerechnet war, Geld zurückfordern mussten, weil sich das Jahr am Ende anders gestaltet hat, als man zum Zeitpunkt der Auszahlung dachte. Von daher gesehen halte ich es für richtig, dass wir das Geld jetzt den Betrieben zukommen lassen, die es dringend nötig haben. Wir müssen dann sehen, ob sich im nächsten Jahr, je nachdem, wie sich die Situation innerhalb der EU, des Bundes und der Bundesländer entwickelt, weitere Veränderungen ergeben müssen.

Abg. **Knut John**: Frau Ministerin, ich gebe Ihnen in weiten Teilen recht und will das Thema ein bisschen auf die Kantinen umlenken. Sie haben berichtet, dass Sie da einiges unternehmen. Das ist löblich. Jetzt erleben wir aber, dass gerade in den Schulkantinen das Essen, wenn es „bio“ und „regional“ ist, für die Eltern deutlich teurer wird. Dagegen müssen wir etwas tun, denn sonst geht uns etwas verloren, was gut angelegt war. Plant die Landesregierung, ein Budget für die Kantinen, die in unserem Sinne auf Regionalität und biologische Lebensmittel umgestellt haben, einzurichten?

Ministerin **Priska Hinz**: Nein, das planen wir nicht. Wir werden nicht jede Schulkantine stützen können. – Ich möchte etwas Generelles sagen. Auf der Verbraucherschutzministerinnen- und -ministerkonferenz haben wir uns über diverse Lebensbereiche unterhalten, die für die Bevölkerung schwieriger zu finanzieren werden. Das beginnt bei den Energiekosten, setzt sich bei den Kosten für Lebensmittel fort und reicht bis hin zu den Kosten des Individualverkehrs und des ÖPNV, jenseits der 9-Euro-Tickets. Die Lebenshaltungskosten steigen im Moment deutlich. Deswegen ist es aus der Sicht der Ministerinnen und Minister – einvernehmlich über alle Parteigrenzen hinweg – nicht möglich, alle Belastungen über Sonderprogramme so aufzufangen, dass man nicht mehr merkt, dass in der Ukraine ein Krieg geführt wird, der aus mehreren Gründen zu Preiserhöhungen und zu weiteren Erschwernissen in unserem Land führt. Es macht aber keinen Sinn, Strohfeuer zu entzünden und irgendwelche Sonderprogramme aufzulegen. Man sollte sich darauf konzentrieren – auch darin waren wir uns einig –, für die Personengruppen, die aufgrund ihrer geringen Einkommen besonders gebeutelt sind, Abhilfe zu schaffen.

Ansonsten haben Sie von mir in den letzten Jahren immer wieder gehört, und dazu stehe ich auch: Das Problem sind nicht höhere Preise für Lebensmittel, die wirklich gut sind. Genau besehen sind in Deutschland die Preise für gute Lebensmittel viele Jahre lang zu niedrig gewesen. Teilweise wurden die Produkte fast verschleudert. Der Punkt ist: Das Geld muss auch bei denen ankommen, die gute Lebensmittel erzeugen. Es darf nicht überwiegend beim Großhandel hängen bleiben. Deshalb müssen wir eine allgemeine Diskussion darüber führen, wie wir zu Strukturen kommen, die dieses gewährleisten, und wie wir den Menschen helfen können, die regional und auf ökologische Weise gesunde Lebensmittel erzeugen.

Abg. **Gernot Grumbach**: Ich habe weder eine Frage noch eine Forderung an die Landesregierung. Aber ich glaube, wir haben das Problem, das wir irgendwann alle angreifen müssen. Die Ministerin hat zu Recht gesagt, dass wir auf die Ernährung in den Krankenhäusern faktisch keinen Einfluss haben, aber wir haben dort ein ernstes Problem, weil alles dafür spricht, dass die Heilungschancen durch die Art der Ernährung in den Krankenhäusern nicht gebessert, sondern eher verschlechtert werden. Ich finde es wichtig, ausdrücklich darauf hinzuweisen, weil ich glaube, dass da etwas aus dem Blick gerät, weil wir es nicht beeinflussen können, von dem ich aber denke, dass es gute Gründe gibt, dass man an der Stelle einmal eine konzertierte Aktion startet.

Ministerin **Priska Hinz**: Sie haben völlig recht. Wir haben mit dem Kultusministerium eine Vernetzungsstelle für Schulen bezüglich Ernährung eingerichtet. Soweit ich es im Kopf habe, haben wir das für den Sozialbereich zumindest konzipiert, um wenigstens Gespräche führen zu können und Erfahrungen in solche Großküchen hineinbringen zu können.

Abg. **Hans-Jürgen Müller (Witzenhausen)**: Ich bin sehr froh, dass Frau Ministerin Hinz eben zur Lage der Landwirtschaft gesagt hat, dass es keinen Sinn macht, wenn Krisen – wie die derzeitige – mit Auswirkungen auf die Landwirtschaft auftreten, nach dem Gießkannenprinzip Geld zu verteilen. Das ist in vielen Fällen schiefgegangen.

Ich möchte an der Stelle deutlich sagen: Die derzeitige Krise zeigt, dass verschiedene landwirtschaftliche Produkte, wie z. B. Weizen, Raps, Mais, zu Spekulationsobjekten werden können. Es gibt derzeit in der Landwirtschaft auch Betriebe, die risikobereit waren und ihr Getreide nicht verkauft haben, die jetzt noch Ware für den freien Markt anbieten können. Die sind regelrechte Krisengewinnler. Andere, die schon früher, auch aus Sicherheitsgründen, ihre Ernte verkauft haben, sind die Verlierer. Das kann keine Regierung ausgleichen – schon gar nicht mitten in der Krise. Frau Scheuch-Paschkewitz erweckt ja hier den Eindruck, als sei die Buchführung der landwirtschaftlichen Betriebe per Standleitung mit dem Ministerium verbunden. Das ist absolut nicht so. Ich frage mich, was für einen Blick Sie auf die Unternehmer in der Landwirtschaft haben.

Das Problem, das das genannte Bündnis angesprochen hat, ist ein spezielles, weil Ökoprodukte sehr hochpreisig sind und weil die Verbraucher an manchen Stellen, insbesondere bei Bioeiern, jetzt Zurückhaltung üben, weil sie wegen der Inflation weniger Einkommen zur Verfügung haben. Dann ist es leider so, dass der typische Deutsche nicht am Auto oder am Sprit spart oder langsamer fährt, sondern erst einmal versucht, weniger Geld für Lebensmittel auszugeben. Das ist ein Problem, und man muss längerfristig beobachten, wie sich das entwickelt. Es zeigt aus meiner Sicht auf: Eigentlich müssten Ökoprodukte am Markt günstiger angeboten werden als konventionell erzeugte Produkte. Dass sie es nicht werden, liegt daran, dass die Kosten der konventionellen landwirtschaftlichen Produktion externalisiert sind, d. h., sie sind ausgelagert. Die Kosten für die Probleme beim Grundwasser, mit Fluchtbewegungen infolge von Klimaveränderungen usw., zu denen die konventionelle Landwirtschaft einen größeren

Beitrag leistet, werden auf die Allgemeinheit umgelegt, während Ökoprodukte aus verschiedenen Gründen einfach teurer sind. Jemand, der Ökoprodukte kauft, wird auch nicht bei anderen Kosten entlastet, wenn es z. B. um die Aufbereitung von Grundwasser geht. Das sind die eigentlichen Probleme an der Stelle. Aber mit aus der Hüfte geschossenen Maßnahmen kann man die nicht lösen.

Abg. **Knut John**: Ich will noch einmal auf die Schulkantinen zu sprechen kommen. Mir geht es hier nicht um ein heilendes Pflaster. Es war schon vor der Krise so, dass wir uns an der Stelle sehr schwergetan haben. Wir haben Lebensmittel quasi mit Füßen getreten, haben ihren Wert nicht anerkannt. Das hat sich gesellschaftlich entwickelt, und wir müssen jetzt Lösungen für die Probleme finden.

Herr Müller, man kann nicht sagen, dass Bio-Artikel generell teurer sind. Es gibt sehr viele Bio-Produkte, die als Marke sogar deutlich billiger sind. Ich denke, dass man eher das Bewusstsein dafür wecken muss, von „konventionell“ auf „bio“ umzustellen. Ich gebe Herrn Grumbach recht: Wir brauchen eine konzertierte Aktion, um die Menschen dafür zu sensibilisieren. Oftmals schauen diese vor allem auf den Preis.

Abg. **Heidmarie Scheuch-Paschkewitz**: Zu den Ausführungen von Herrn Müller: Das ist ja nicht allein auf unserem Mist gewachsen. Ihr Verband, die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, hat die Hessische Allianz für Agrar- und Ernährungswende mitgegründet. Ich glaube natürlich nicht, dass die hessischen Bauern eine Standleitung ins Ministerium haben. Es haben immerhin zahlreiche Verbände, u. a. der BUND und der NABU, diese Allianz mitgegründet.

Abg. **Hans-Jürgen Müller (Witzenhausen)**: Das Anliegen der Kolleginnen und Kollegen von den Naturschutzverbänden und den Öko-Anbauverbänden stelle ich in keiner Weise infrage. Frau Scheuch-Paschkewitz, ich finde aber, dass Sie etwas unqualifiziert damit umgehen. Das muss ich leider sagen. Darauf bezog sich meine Kritik an Ihren Auslassungen. Sie tun hier so, als müssten betriebliche Auswertungen tagesaktuell an das Ministerium übermittelt werden. Das ist nicht der Fall. Ich bitte um einen etwas qualifizierten Umfang mit dem, was vorgetragen wird.

**Beschluss:**

*ULA 20/37 – 29.06.2022*

*Der Dringliche Berichts Antrag gilt mit der Entgegennahme des mündlichen Berichts im ULA als erledigt.*

(Ende des öffentlichen Teils – Fortsetzung in nicht öffentlicher Sitzung)